

Regierungsratsbeschluss

vom 22. April 2008

Nr. 2008/690

Vernehmlassung zum Bericht „Möglichkeiten und Grenzen kantonaler Agglomerationspolitik“ Schreiben an die Tripartite Agglomerationskonferenz, Bern

1. Erwägungen

Mit Brief vom 7. Februar 2008 gelangt die Tripartite Agglomerationskonferenz an die Kantonsregierungen und ersucht um eine Stellungnahme zum Bericht „Möglichkeiten und Grenzen kantonaler Agglomerationspolitik“. Im verwaltungsinternen Vernehmlassungsverfahren haben sich das Amt für Gemeinden, das Amt für Wirtschaft und Arbeit und das Amt für Raumplanung geäußert.

Das Bau- und Justizdepartement unterbreitet das Schreiben an die Tripartite Agglomerationskonferenz zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

Die Stellungnahme an die Tripartite Agglomerationskonferenz zum Bericht „Möglichkeiten und Grenzen kantonaler Agglomerationspolitik“ wird beschlossen.



Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an die Tripartite Agglomerationskonferenz vom 22. April 2008

Verteiler

Bau- und Justizdepartement

Amt für Raumplanung

Volkswirtschaftsdepartement

Amt für Gemeinden

Amt für Wirtschaft und Arbeit

Ratsleitung

Eidgenössische Parlamentarier (9)